

# Augustfeier unter Freunden, die auf Schwierigkeiten zusteuern

Finanzministerin Karin Keller-Sutter hält eine symbolische Festrede in New York



Bundesrätin Karin Keller-Sutter betonte die Gemeinsamkeiten der USA und der Schweiz, übte aber auch Kritik an der Schuldenpolitik des Gastgeber.

JULIA NIKHINSON / AP

ANDRÉ MÜLLER, NEW YORK

Die Alphornklänge mischen sich mit Autohupen, und hinter dem Flaggenmast wachsen Wolkenkratzer statt Berge in den Himmel. Die Rede zum 1. August, die Bundesrätin Karin Keller-Sutter mitten im New Yorker Finanzviertel hielt, brachte eine etwas andere Stimmung hervor als Feste in Kesswil oder Rümliang.

Im Beisein des New Yorker Bürgermeisters Eric Adams wurden die Schweizer und die amerikanische Flagge gehisst, bevor man zu Raclette und Weisswein übergang. Der berühmte Bulle der Wall Street streckte der Veranstaltung zwar sein Hinterteil entgegen, die zahlreichen Touristen interessierten sich dafür umso mehr für das eigentümliche Spektakel in Rot und Weiss.

## Unter grossem Druck

Der Auftritt in New York mag sich einfach gut in die Reisepläne der Finanzvorsteherin gefügt haben, aber er hatte

auch symbolische Bedeutung. Die Beziehung der USA zur Schweiz ist wichtig wie kaum je zuvor. Sie hat mit der CS-Krise 2023 eine grosse Prüfung überstanden – ohne Mitwirkung und Einverständnis der Amerikaner hätte statt der «Lösung UBS» das Chaos gedroht. «Die Zusammenarbeit war lösungsorientiert und hat sehr gut funktioniert, weil sie in beiderlei Interesse war», sagt Keller-Sutter zurückblickend. Die USA hätten befürchtet, dass eine Abwicklung oder ein unkontrollierter Untergang der CS eine Ansteckungswirkung auf den internationalen Finanzmärkten gehabt hätte.

Keller-Sutter gewann dadurch in den USA an Profil. Erst im April gab sie CNBC, einem führenden TV-Kanal für Wirtschaftsnachrichten, ein Interview zu den Lehren aus der CS-Krise und zur Zukunft der Bankenregulierung. Probleme mit der Abwicklung von Grossbanken müssten international adressiert werden, sagt Keller-Sutter heute, denn eine Abwicklung mit Bail-in bringe insbesondere in den USA weiterhin erhebliche Rechtsrisi-

ken mit sich. Es könne zu Ringfencing kommen – also dass jeder Staat das Kapital der bei ihm angesiedelten Tochtergesellschaft im Inland behalten will. Das könne dazu führen, dass das Schweizer Stammhaus unterkapitalisiert sei. Das müsse man mit entsprechenden Eigenkapitalvorschriften angehen, was der Bundesrat vorschlug.

Aber es sei auch wichtig, die Fragen international rechtzeitig zu diskutieren. Illusionen macht sich Keller-Sutter allerdings nicht: «Sie werden die US-Behörden nicht dazu bringen, dass sie ex ante Zusicherungen machen.»

## Die Warnungen würden gehört

Wie im Inland besteht auch in internationalen Gremien die Gefahr, dass man sich nach überstandener Krise auf die Schulter klopf und die Lehren vergisst. Keller-Sutter denkt jedoch nicht, dass die Warnungen verhallen: «Ich habe den Eindruck, dass wir gehört werden.» Im Moment habe die Umsetzung von Basel III, also den neuen internationalen Eigenkapitalregeln für

Banken, noch Priorität. Aber die Sensibilität beim Financial Stability Board und beim Internationalen Währungsfonds (IWF) sei vorhanden.

Im bilateralen Verhältnis mit den USA liegen derweil noch weitere wichtige Themen auf dem Tisch, etwa das Doppelbesteuerungsabkommen. Für Aufsehen sorgte auch, dass die Schweiz und die USA Ende Juni ankündigten, das Fatca-Abkommen zu erneuern. Ab 2027 werden nun also auch die USA Steuerinformationen von Schweizer Bürgern an die Schweiz weiterleiten – wie es umgekehrt die Schweiz schon seit einem Jahrzehnt tut.

Profitierten die Verhandlungen davon, dass man sich bei der geglätteten CS-Rettung angenähert hatte? «Da darf man sich keine Illusionen machen», sagt Keller-Sutter. «Jeder vertritt seine Interessen, und jeder Fall wird für sich behandelt.» Die Verhandlungen zu Fatca seien ruhig und professionell verlaufen, aber zäh. «Die Schweiz blieb hartnäckig, denn wir wollten Ausnahmebestimmungen zugunsten der Schweiz nicht aufgeben. Ich bin froh, dass sie zu einem Abschluss gekommen sind.»

## Schuldenbremse bleibt daheim

In ihrer Rede brachte Keller-Sutter allen Freundlichkeiten zum Trotz auch dezente Kritik am Gastgeber unter. Die internationale Verschuldung habe ein besorgniserregendes Ausmass angenommen, sie gefährde zunehmend die Resilienz der westlichen Staaten, so die Bundesrätin. «Albert Gallatin, der Genfer, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter Thomas Jefferson viele Jahre als strenger Kassenwart der USA gedient hatte, würde sich im Grab umdrehen.»

Diese Warnung dürfte im Vorfeld der US-Wahlen kaum auf offene Ohren stossen. Weder die Demokraten noch die Republikaner sind derzeit an Sparprogrammen interessiert – geschweige denn an mitteleuropäischen Sonderlichkeiten wie einer Schuldenbremse.

Doch der Schweiz kann es nicht gleichgültig sein, wenn sich Amerika immer weiter verschuldet. Die hohe Verschuldung der USA, aber auch vieler Länder im globalen Süden und in Europa birgt gemäss Keller-Sutter Risiken für die Finanzstabilität und die weltweite Konjunktur: «Ich bin seit 2023 im Finanzdepartement, und die Verschuldung ist an jedem Treffen des IWF das Topthema.»

## Amerika wendet sich nach innen

Die Vereinigten Staaten tendieren zudem immer stärker zum wirt-

schaftlichen Protektionismus, was der Schweiz schaden könnte. Viele Amerikanerinnen und Amerikaner haben das Vertrauen in die Globalisierung verloren, weshalb ihnen beide Parteien Schutz versprechen, wahlweise vor Migranten oder vor ausländischen Billigprodukten.

Keller-Sutter verweist auch auf Gespräche, die sie an der New Yorker Börse geführt hatte. Man gehe davon aus, dass das Land protektionistischer werde, unabhängig davon, wer im November gewählt werde. Doch die USA seien mittlerweile der grösste Exportmarkt für die Schweiz geworden, noch vor Deutschland. «Es ist für die Schweiz wichtig, dass wir auf offene Märkte zählen können. Protektionismus ist schlecht.» Das gelte aber nicht nur für die USA.

Doch was werden die nächsten vier Jahre bringen? Kamala Harris hat unlängst zwar die Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock besucht. Sie gilt aber nicht als ausgewiesene Schweiz-Kennerin und stand Freihandel bisher generell oft skeptisch gegenüber. Im Senat stimmte sie als eine von wenigen Abgeordneten etwa gegen die Erneuerung des Handelsabkommens der USA mit Mexiko und Kanada.

Die Beziehungen der Schweiz zur Regierung Biden, die Harris als Vizepräsidentin repräsentiert, waren zudem kompliziert. Nachdem Russland in der Ukraine einmarschiert war, erscholl aus den USA regelmässig der Vorwurf, die Schweiz setze die Sanktionen gegen Russland zu wenig konsequent um. Scott Miller, der amerikanische Botschafter in der Schweiz, übte im Interview mit der NZZ harsche Kritik.

Generell waren die Beziehungen der Schweiz zu republikanischen Regierungen oft entkrampfter. Donald Trump soll zwar ein Freund der Schweiz sein. Ob die Schweizer Exporteure deswegen von den Zollschranken verschont bleiben, die Trump um sein Land hochziehen will, ist aber sehr fraglich.

## Es braucht den direkten Draht

In diesem Umfeld seien persönliche Kontakte wichtig, sagt Keller-Sutter, etwa über die Treffen des IWF oder der G-20, aber auch über emotionale Anlässe wie eine Flaggenzeremonie. «Sie können nicht einfach herkommen und einige Papiere unterschreiben, sie müssen auch eine Beziehung aufbauen. Das heisst nicht, dass man alle Anliegen erfolgreich durchsetzen kann. Aber es hilft.»

## «Journalistisch fragwürdig»

Die SRG-Ombudsstelle kritisiert die «Rundschau» für Berichte über eine Frau, die in der Wohnung eines Schaffhauser Anwalts verprügelt worden war

CHRISTINA NEUHAUS

Die Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens SRF hat im Mai zwei Beiträge veröffentlicht, die für Entsetzen sorgten. Der erste Beitrag vom 22. Mai trug den Titel «Nach Prügelattacke: Die fragwürdigen Ermittlungen der Schaffhauser Polizei». Eine Woche später hiess es: «Kritik an Schaffhauser Polizei nach Prügelattacke: Ist Fabienne W. ein Einzelfall?»

In den Beiträgen ging es um eine Frau, die im Dezember 2021 von mehreren Männern in der zu einer Bar umfunktionierten Privatwohnung eines Schaffhauser Anwalts verprügelt worden war. Die Übergriffe wurden von einer Überwachungskamera aufgezeichnet. Die Frau erstattete Anzeige.

Die «Rundschau» stellte die unbestrittenen Vorgänge in der Wohnung des

Anwalts in Zusammenhang mit einer Vergewaltigung, die sich im Vorfeld der Prügelattacke zugetragen haben soll. Die Journalisten warfen zudem die Frage auf, ob die Frau im Schlafzimmer des Anwalts, das nicht videoüberwacht wurde, ein zweites Mal vergewaltigt worden sei.

## Grosse Proteste

Im Beitrag der «Rundschau» hiess es weiter, die Behörden seien den Vergewaltigungsvorfällen und den anderen Vorfällen nicht mit der nötigen Sorgfalt nachgegangen und hätten Beweismittel nicht oder zu spät beschlagnahmt. Ein in der Sendung zitierter Strafverteidiger nannte das Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft «unglaublich» und sprach von «Befehlsverweigerung».

Die Berichterstattung löste ein grosses Echo aus. In den sozialen Netzwerken und den Medien stellte man sich die Frage, ob es in der Schweiz eine verschwiegene «rape culture» gebe und die Schaffhauser Behörden bewusst die Augen verschlossen hätten. Am grössten war die Empörung in Schaffhausen selbst. Mehrere hundert Menschen gingen auf die Strasse, um ihre Unterstützung für das Opfer zu demonstrieren. In einer Petition wurden Konsequenzen für die ermittelnden Behörden gefordert.

Die ersten Zweifel an der Darstellung der «Rundschau» kamen auf, als die linke Wochenzeitung «Schaffhauser AZ» das Geschehen minutiös recherchierte und nachzeichnete. SRF hatte berichtet, der Anwalt sei ein Freund des mutmasslichen Vergewaltigers und soll die Frau in seine Wohnung gelockt und

dann zur Einschüchterung zusammengeschlagen haben.

Die «Schaffhauser AZ» relativierte die Brutalität des Angriffs nicht, zeichnete aber ein anderes Bild von den Vorgängen: Die Frau wurde nicht Opfer einer kalt geplanten Vergeltung, sondern eines komplett ausser Kontrolle geratenen Suffabends. Der Schaffhauser Regierungsrat reichte in der Folge bei der Ombudsstelle der SRG Beschwerde ein, in der mehrere Punkte beanstandet wurden. Nun liegt der Entscheid der Ombudsstelle vor: Die beiden Beiträge lägen im «programmrechtlichen Rahmen», steht im Bericht. Die beiden Ombudspersonen, Esther Girsberger und Urs Hofmann, schreiben jedoch, dass sie einzelne Punkte der Berichterstattung für kritikwürdig hielten. Die Stelle, in der die «Rundschau» eine zweite Vergewaltigung in der Wohnung des Anwalts sug-

geriert, bezeichnet die Ombudsstelle als «journalistisch fragwürdig».

## Auch intern in der Kritik

Für SRF und das Recherche-Flaggschiff «Rundschau» kommen die klaren Worte der Ombudsstelle ungelegen. Die Sendung und ihr Leiter stehen seit längerem in der Kritik. Wie die Zeitungen von CH Media kürzlich bekanntmachten, haben sich mehrere SRF-Journalisten intern darüber beklagt, dass sie von ihren Vorgesetzten zu Thesenjournalismus angehalten würden. Die Fluktuation auf der Redaktion der «Rundschau» sei mit 23,5 Prozent in nur einem halben Jahr entsprechend hoch.

Der Schaffhauser Regierungsrat kann die Beschwerde an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) weiterziehen.